

# Mit der Giffey-Prämie ins Freizeitcamp

**Soziales** Die Große Koalition will Familien mit kleinen Einkommen einen Zuschuss für einen einwöchigen Aufenthalt zahlen. Auch die Jugendarbeit soll nach einem Jahr Pandemie stärker gefördert werden

VON RUDI WAIS

**Augsburg/Berlin** Förderkurse in den Ferien, Nachhilfestunden im neuen Schuljahr, zusätzliche Sprachkurse für Kinder aus Flüchtlingsfamilien und ein einmaliger Zuschuss von 100 Euro für jedes Kind, dessen Familie von Hartz IV lebt: Mit zwei Milliarden Euro will der Bund jetzt aufholen, was Kinder und Jugendliche in der Pandemie verpasst haben. Ein Teil des Geldes allerdings fließt dabei nicht in die Bildung, sondern in die Erholung: Familienministerin Franziska Giffey (SPD) will bedürftigen Familien mit staatlichen Zuschüssen von bis zu 90 Prozent einen einwöchigen Urlaub in gemeinnützigen Freizeitheimen finanzieren.

Es gehe nicht nur darum, Lernrückstände aufzuholen, sagt sie, sondern auch um Erholung. „Kinder, Jugendliche und ihre Familien schauen auf eine lange und harte Zeit zurück. Wir sehen Bildungs- und Bindungsverluste, und wir sehen seelische und körperliche Belastungen.“ Um wieder Kraft tanken zu können, bräuchten vor allem Familien in belasteten Lebenssituationen und mit kleinen Einkommen Hilfe und Erholungsangebote.

Die Details des Programmes, für



Das Corona-Aufholprogramm für Familien beinhaltet auch die Bezuschussung von Freizeitprogrammen.

Foto: stock.adobe.com

das in diesem und im nächsten Jahr 50 Millionen Euro zur Verfügung stehen, müssen nach Auskunft des Ministeriums allerdings erst noch erarbeitet werden. Umgesetzt wird es dann von den Ländern, die solche Freizeiten zum Teil bereits jetzt subventionieren, wenn auch nicht in der von Giffey geplanten Höhe.

Eine alleinziehende Mutter mit

rund 90 gemeinnützigen Freizeitheimen für kinderreiche Familien, Alleinerziehende und Familien mit behinderten, pflegebedürftigen oder chronisch kranken Angehörigen, entspricht das je nach Zimmer und Alter des Kindes einer Förderung zwischen 25 und 30 Prozent.

Ob die nun vorübergehend auf bis zu 90 Prozent aufgestockt werden muss, bezweifeln Oppositionspolitiker wie der bayerische FDP-Chef Daniel Föst, der selbst im Familienausschuss des Bundestages sitzt. „Eine Woche Urlaub hilft wenig, wenn die Familien die restlichen 51 Wochen allein gelassen werden“, betont er gegenüber unserer Redaktion. Der Vorschlag der Ministerin sehe auf den ersten Blick charmant aus, helfe den Familien aber insgesamt kaum weiter. „Statt Wahlkampfgeschenke zu verteilen, wäre konkrete Unterstützung im Alltag für Familien wesentlich wichtiger.“ Zum Beispiel, so Föst, solle die Bundesregierung dafür sorgen, dass Kindergärten und Schulen flächendeckend mit Raumluftfiltern ausgestattet oder Eltern schnellstmöglich geprüft werden, um auch die Kinder besser zu schützen.

Die Neu-Ulmer Grünen-Abgeordnete Ekim Deligöz dagegen, die

auch Vizepräsidentin des Deutschen Kinderschutzbundes ist, argumentiert ganz auf Giffey's Linie. Es sei überfällig, Familien mit kleinen Einkommen bei Erholungsurlaubs finanziell zu unterstützen, sagt sie. „Kinder und Familien haben in der Pandemie enorme Lasten tragen müssen. Da ist bei vielen wirklich der Akku leer - und die Haushaltskasse vielleicht auch noch geschrumpft.“ Würden die neuen Angebote gut angenommen, könne sie sich auch vorstellen, noch weitere Mittel dafür bereitzustellen.

Neben der Förderung von Nachhilfunterricht für Schüler, die Lernrückstände aufzuholen haben, und den Urlaubszuschüssen für Familien mit schmalen Budget will die Koalition auch die Mittel für Ferien- und Wochenendfreizeiten sowie die kulturelle, sportliche, politische und internationale Jugendarbeit erhöhen. Insgesamt stehen für den außerparlamentarischen Teil des Programmes „Aufholen nach Corona“ rund 530 Millionen Euro bereit. Etwas mehr als die Hälfte davon entfällt alleine auf den „Kinderfreizeitbonus“ von 100 Euro, den Kinder aus bedürftigen Familien für Ferien-, Sport- und andere Aktivitäten einsetzen können.